

Griechenland und das Krisenmanagement der EU:

An der Straße geht kein Weg vorbei

Eine kurze Zeit gab es im Frühjahr dieses Jahres eine besondere Situation. Eine linke Regierung bot der gesamten Eurozone und ihrer Austeritätspolitik die Stirn und verlangte einen völligen Kurswechsel. Das war so bisher nur auf Europas Straßen zu hören gewesen, auf griechischen sehr oft, spanischen ebenfalls regelmäßig, aber auch auf deutschen, wenn Blockupy aufgerufen hatte. Plötzlich sahen sich BewegungsaktivistInnen damit konfrontiert, dass ganz aktuelle Hoffnungen auf einer Regierung lagen, und einen Augenblick lang sah es so aus, als könnte mit Spanien bald eine zweite dazukommen. Was dann alles möglich gewesen wäre ...

Aber es kam nicht, die EU setzte ihre geballte Erpressungsmacht ein und zerstörte das griechische Experiment. Das war eigentlich nicht anders zu erwarten. Welche europäische Regierung oder politische Kraft hätte ein Interesse an einem Kompromiss mit Syriza haben können? Die harten Neoliberalen sowieso nicht, schon gar nicht, wenn sie Länder wie Spanien, Portugal, Zypern oder Irland regierten, wo sie sozialdemokratische Regierungen abgelöst und deren gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Politik noch verschärft hatten. Denen war vollkommen klar, dass sie die nächsten Wahlen nicht gewinnen könnten, wenn Syriza Erfolg hätte. Und welches Interesse hätten Sozialdemokraten an einer Vereinbarung haben können? Auch da wäre allen vor Augen geführt worden, dass eine wirklich linke Regierung etwas erreichen kann, das sie selbst nicht einmal versucht hatten. Und für die Konservativen und Reaktionäre war die griechische Linke ohnehin ein rotes Tuch.

Kompromisse im Sinne der griechischen Bevölkerung wären überhaupt nur vorstellbar gewesen, wenn in mehreren und wichtigen europäischen Ländern eigene Bewegungen die Politik so unter Druck gesetzt hätten, dass Parteien aus innenpolitischem Kalkül Vereinbarungen gesucht hätten. Das geschah nirgendwo, und so ist der 13. Juli nicht in erster Linie eine Niederlage von Syriza, sondern der europäischen Linken. Nicht griechische PolitikerInnen sind zu kritisieren, weil sie dies nicht bedacht oder jenes nicht gefordert hätten, sondern die Antiausteritätswegungen sind europaweit so schwach, dass sie nichts bewegen konnten. Daran hätte auch ein Plan B seitens Syriza nichts geändert. Jede andere Behauptung stellt sich der eigenen Verantwortung für die Niederlage nicht und verschiebt sie auf griechische Regierungspolitiker.

Der Diskurs um Plan B und einen selbstgewählten Euroaustritt Griechenlands richtet sich an Regierungen, die es so gar nicht gibt und wohl so bald auch nicht wieder geben wird, nämlich linke Regierungen, ist insoweit also müßig. Dennoch hat sich mit dem vorläufigen Ende des griechischen Widerstandes keineswegs erwiesen, dass sich in der Eurozone nichts ändern könne. Gezeigt wurde lediglich, was immer schon klar war, dass eine linke Regierung in einem ökonomisch extrem schwachen Land sich gegen die gesamte Eurozone nicht durchsetzen konnte. Mit ihrer Initiative „Ein Plan B für Europa“, auf die sich der Plan-B-Diskurs weitgehend bezieht, suggerieren vier Ex- und Möchtegerne-Finanzminister (Varoufakis, Lafontaine, Fassina, Melenchon) eine Situation, in der sie tatsächlich Finanzminister wären. Was da passieren würde, ist eine völlig andere Frage, ebenso wie die, was wohl passieren wird, wenn die nächste Großbank pleite geht. Die völlig unterfinanzierte Deutsche Bank wäre ein guter Kandidat dafür und für ein erneutes Krisenmanagement wie 2008/9 fehlen heute alle Mittel.

Ob Griechenland oder irgendein anderes nicht existentes links regiertes Land aus dem Euro austreten soll, mag eine Frage für Parteiprogramme von Regierungsparteien in spe sein. Für die Bewegung gegen die Austeritätspolitik ist sie völlig belanglos, weil wir darüber nicht entscheiden, nicht im entferntesten nach unserer Meinung dazu gefragt werden. Womit wir täglich zu tun haben, womit wir wirklich konfrontiert sind, sind die Auswirkungen der neoliberalen Krisenregulierungen auf die Lebenssituation von uns und allen Menschen in der EU. Die EU hat in einem verzweifelten Versuch, die Stabilität der Finanzanlagen zu garantieren, statt der guten Versorgung der Bevölkerung ein Vertragswerk geschaffen, das der härtesten Variante des Neoliberalismus Verfassungsrang einräumt. Alles das, ESM und Fiskalpakt müssen wir angreifen. Das kann nur auf der Straße geschehen, im täglichen Kampf um bessere Lebensbedingungen. Wenn dieses Gebilde fällt, ist es völlig egal, wie dann die Währung heißt.